

L1 Links vor rechts!

Gremium: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Hamburg
Beschlussdatum: 23.10.2026
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Leitantrag

Antragstext

1 Politische Ausgangslage

Hamburg ist eine reiche Stadt. Doch für viele junge Menschen bedeutet das nicht, dass sie hier sicher leben und ihre Zukunft selbst gestalten können. Wer keine reichen Eltern hat, stößt bei der Wohnungssuche auf Mieten, die kaum zu bezahlen sind. Wer Unterstützung braucht, erlebt, dass um Schulbegleitung, Beratung und Jugendhilfe gerungen werden muss. Wer queer ist oder rassistisch diskriminiert wird, kann sich auf das weltoffene Selbstbild dieser Stadt nicht verlassen. Und die Klimakrise verschärft die Unsicherheit darüber, wie wir künftig leben können.

Diese Erfahrungen stehen nicht unverbunden nebeneinander. Sie zeigen, wessen Bedürfnisse in politischen Entscheidungen zählen und wer die Folgen tragen soll. Rot-Grün regiert diese Stadt und trägt Mitverantwortung für diese Verhältnisse. Ein wachsender Haushalt beantwortet noch nicht die Frage, ob Schulen, soziale Einrichtungen und Beratungsstellen ihren Aufgaben gerecht werden können. Wenn steigende Kosten und wachsende Bedarfe nicht ausgeglichen werden, wird auch ohne sinkende Gesamtsumme gekürzt.

Auch beim Klimaschutz fehlt es nicht an einem gesellschaftlichen Auftrag. Mit dem Hamburger Zukunftsentscheid haben die Menschen für eine schnellere und sozial gerechte Klimapolitik gestimmt. Doch zwischen einem beschlossenen Ziel und seiner Umsetzung liegen Entscheidungen über Energieversorgung, Gebäude, Verkehr und die Verteilung der Kosten. Werden diese Entscheidungen verschoben, trifft das besonders diejenigen, die ohnehin am wenigsten haben.

Zugleich schaffen rechtsextreme und faschistische Kräfte Tatsachen. Rassistische Ausgrenzung, Angriffe auf queere Menschen und der Ausbau staatlicher Überwachung betreffen auch hier den Alltag. Wenn demokratische Parteien rechte Forderungen übernehmen, verschieben sie selbst die Grenzen dessen, was politisch akzeptiert wird. Eine demokratische Antwort muss Faschisten klar widersprechen und zugleich glaubwürdig zeigen, dass die Verhältnisse veränderbar sind.

29 Unsere gemeinsame Perspektive

Ein Leben ohne Existenzangst und mit wirklicher Mitbestimmung: Das ist der gemeinsame Anspruch unserer Politik. Soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz, Antifaschismus und Queerfeminismus gehören zusammen, weil sie dieselbe Frage stellen: Wer verfügt über unsere Lebensbedingungen? Solange wenige über Wohnungen, Unternehmen und Investitionen entscheiden, während viele die Folgen tragen, bleiben Sicherheit und Selbstbestimmung ungleich verteilt. Wir wollen diese Machtverhältnisse verändern.

37 Für uns beginnt Freiheit bei den Bedingungen, unter denen Menschen ihr Leben
38 gestalten. Eine sichere Wohnung, verlässliche soziale Unterstützung und Schutz
39 vor Gewalt schaffen die Möglichkeit, Entscheidungen zu treffen. Wer seinen
40 Alltag ständig gegen Armut, Diskriminierung oder drohende Verdrängung
41 verteidigen muss, hat weniger Raum, die eigene Zukunft zu gestalten. Unsere
42 Forderungen sollen Abhängigkeiten verringern, gesellschaftlichen Reichtum anders
43 verteilen und die Macht derjenigen stärken, die bislang zu wenig Mitspracherecht
44 haben.

45 Veränderung entsteht, wenn Menschen gemeinsam handlungsfähig werden. Unser
46 Verhältnis zu BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist an diesen Zielen orientiert. Wir fordern
47 die Partei auf, ihre Gestaltungsspielräume zu nutzen, und widersprechen, wenn
48 sie Kürzungen, Ausgrenzung oder Überwachung mitträgt. Regierungsverantwortung
49 und Koalitionskompromisse entbinden nicht von der Verantwortung gegenüber den
50 Menschen, die die Folgen politischer Entscheidungen tragen.

51 Soziale Gerechtigkeit

52 Rot-Grün regiert diese Stadt – und trotzdem wird an genau den Stellen gespart,
53 an denen es am meisten wehtut. Wer Ausgabensteigerungen begrenzt, während
54 Personal-, Energie- und Sachkosten sowie die Bedarfe steigen, kürzt trotzdem.
55 Wir als GRÜNE JUGEND Hamburg lassen uns das nicht schönreden: Wir fordern unsere
56 Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hamburg auf, ihren Gestaltungsspielraum zu nutzen.

57 Soziale Aufgaben und kulturelle Teilhabe sichern

58 Die Zeche zahlen wieder die, die am wenigsten Lobby haben. Deshalb fordern wir:
59 Keine Kürzungen auf dem Rücken von Kindern, Jugendlichen und Menschen mit
60 Behinderungen. Schulbegleitung, Ganzttag und Jugendhilfe müssen bedarfsgerecht
61 finanziert werden. Ein warmes Mittagessen und die notwendige Unterstützung in
62 der Schule dürfen nicht am Geldbeutel scheitern.

63 Auch kulturelle Teilhabe gehört zu einem guten Leben. Während große
64 Prestigeprojekte im Mittelpunkt stehen, kämpfen kleinere Kulturorte und Projekte
65 um ihre Finanzierung. Wir wollen, dass ihre Bedarfe ebenso zählen und sich
66 Menschen Kultur leisten und sie erleben können. Das ist eine Frage des
67 politischen Willens.

68 Bezahlbaren Wohnraum schaffen und erhalten

69 Diese Schieflage setzt sich beim Wohnen, den Mieten und der Stadtentwicklung
70 fort. Wer in Hamburg jung ist und keine reichen Eltern hat, stößt auf einen
71 Markt, der absurde Mietforderungen stellen kann, weil Wohnraum knapp und falsch
72 verteilt ist. Wohnen wird damit zur Frage der Herkunft und des Einkommens.

73 Die Lücke zwischen günstigen Bestandsmieten und teuren Neuvermietungen ist eine
74 Falle. Sie trifft alle, die gezwungen sind, umzuziehen: Kündigung, Trennung,
75 erster eigener Auszug. Junge Menschen brauchen eine eigene Wohnung, ohne dafür
76 auf familiäres Vermögen angewiesen zu sein.

77 Neue Sozialbindungen nützen wenig, wenn zugleich bestehende Bindungen auslaufen.
78 Dann wird aus einer Erfolgsmeldung ein Nullsummenspiel, das für Menschen, die
79 dringend eine bezahlbare Wohnung brauchen, eine reale Dauerkrise bedeutet.

80 Wir fordern deshalb einen echten Sozialwohnungs-Neubauplan, der sich an rund
81 14.000 Wohnungen pro Jahr orientiert und nicht an dem, was sich politisch bequem
82 präsentieren lässt. Wir fordern den Erhalt statt den schleichenden Verlust von
83 Sozialbindungen und eine Stadtentwicklung, die vor allem Mieter*innen und ihre
84 Lebensrealitäten im Blick hat statt Investor*innen und Renditen.

85 Antirassismus und Teilhabe zur Realität machen

86 Hamburg versteht sich als weltoffene Stadt. Aber Weltoffenheit misst sich nicht
87 nur an Anlaufstellen, sondern daran, wie eine Stadt mit denen umgeht, die keine
88 Lobby haben.

89 Wer Menschen die Kontrolle über ihr eigenes Geld nimmt, will abschrecken und
90 nicht integrieren. Wir fordern deshalb die Abschaffung der Bezahlkarte und die
91 Auszahlung von Bargeld ohne Sonderregeln. Auf Druck von rechts darf nicht mit
92 rechter Symbolpolitik geantwortet werden, schon gar nicht von einem rot-grünen
93 Senat.

94 Menschen, die von Abschiebung bedroht sind, sind keine Fallzahlen, sondern
95 unsere Mitschüler*innen, Kolleg*innen und Nachbar*innen. Abschiebungen lehnen
96 wir konsequent ab.

97 Wir fordern ein Landesantidiskriminierungsgesetz nach Berliner Vorbild, das auch
98 Behörden und Polizei in die Pflicht nimmt, statt nur auf Beratung zu setzen.
99 Migrantische Selbstorganisationen dürfen nicht nur angehört werden, sondern
100 müssen in Beiräten und Gremien mitentscheiden. Antirassismus muss in Hamburg
101 Verwaltungsrealität werden, nicht nur Bekenntnis.

102 Soziale Gerechtigkeit ist kein Kapitel, das man abhakt, wenn der Haushalt es
103 zulässt. Sie ist der Maßstab, an dem sich jede einzelne Haushaltszeile, jedes
104 Bauprojekt und jede Entscheidung messen lassen muss.

105 Klimagerechtigkeit

106 Die Uhr tickt. Für uns als GRÜNE JUGEND Hamburg ist klar: Sozial gerechter
107 Klimaschutz muss endlich zur Priorität dieser Stadt werden. Mit dem Hamburger
108 Zukunftsentscheid haben die Menschen für Klimaneutralität bis 2040, verbindliche
109 CO₂-Budgets und Sofortprogramme bei Zielverfehlungen gestimmt. Wir verlangen die
110 konsequente Umsetzung dieses Auftrags.

111 Klimaschutz gehört ins Zentrum der Hamburger Politik: wirksam, konsequent und
112 sozial gerecht. Werden Ziele verfehlt, müssen unverzüglich wirksame Maßnahmen
113 folgen. Wir werden diesen Prozess entschlossen begleiten und unsere Forderungen
114 unüberhörbar einbringen.

115 Emissionen konsequent senken

116 Hamburgs Emissionen sind viel zu hoch. Der Senat muss alle seine Möglichkeiten
117 nutzen, um sie sozialverträglich und dauerhaft zu senken. Dazu gehören die

118 konsequente Umsetzung der Solardachpflicht und die entschlossene Fortführung der
119 Wärmewende. Der Senat soll mit gutem Beispiel vorangehen und seine
120 Dienstwagenflotte auf emissionsfreie Fahrzeuge umstellen.

121 Für den Schiffs- und Schwerlastverkehr brauchen wir deutlich strengere CO₂- und
122 Schadstoffvorgaben. Hamburg muss seine eigenen Handlungsmöglichkeiten nutzen und
123 sich auf Bundes- und europäischer Ebene für die notwendigen Regeln einsetzen.
124 Touristische Schiffe und Kreuzfahrten müssen mit hohen Abgaben belegt werden,
125 die unmittelbar in den Klimaschutz fließen.

126 Wir fordern einen klaren Vorrang für Recycling und eine langfristige Strategie,
127 die Müllverbrennung in Hamburg auf ein Minimum zu reduzieren. Klimaschutz muss
128 Energieversorgung, Verkehr und den Umgang mit Ressourcen gemeinsam verändern.

129 Grüne Mobilität für alle ermöglichen

130 Wer will, dass Menschen umsteigen, muss ihnen einen bezahlbaren, zuverlässigen
131 und gut ausgebauten ÖPNV bieten. Hohe Fahrpreise sind ein Gerechtigkeitsproblem
132 und verhindern den Umstieg. Deshalb fordern wir einen kostenfreien Nahverkehr.

133 Ein kostenfreier Nahverkehr eröffnet Zugang zu Bildung, Arbeit, Freund*innen und
134 politischer Beteiligung. Gerade junge Menschen müssen selbstständig unterwegs
135 sein können, ohne dass Mobilität vom Geldbeutel ihrer Eltern abhängt.

136 Der U-Bahn-Ausbau darf nicht länger gegen andere ÖPNV-Mittel ausgespielt werden,
137 sondern muss Hand in Hand gehen. Möglichkeiten wie Straßenbahnen und der Ausbau
138 von X-Bus-Linien müssen genutzt werden, um sinnvolle Alternativen zu bieten. Wir
139 brauchen beides! Zugleich müssen grüne Technologien schnell ausgebaut und
140 flächendeckend bereitgestellt werden.

141 Hamburg klimafest machen

142 Hamburg muss jetzt klimafest werden. Wir brauchen Schutz vor Kälte und Hitze.
143 Dafür muss Hamburg Flächen radikal entsiegeln und deutlich mehr Stadtgrün
144 schaffen. Noch immer sind zu große Teile der Stadt mit Beton und Stein bedeckt.
145 Jede Planung muss verbindlich darauf geprüft werden, wo zusätzliche Flächen
146 entsiegelt werden können.

147 Auch auf den Naturschutz wollen wir einen Fokus legen. Stadtgrün und
148 unversiegelte Flächen sind keine verzichtbare Verschönerung, sondern gehören zu
149 einer Stadt, die ihre Menschen und ihre natürlichen Lebensgrundlagen schützt.

150 Öffentliche Wasserspender und kühle Räume müssen flächendeckend ausgebaut
151 werden. Alle Menschen in Hamburg brauchen kostenfreien Zugang zu Wasser und
152 Abkühlung. Schutz vor den Folgen der Klimakrise darf kein Privileg derjenigen
153 sein, die sich eine gut geschützte Wohnung leisten können.

154 Auch Hamburgs Schulen müssen hitzefest gestaltet werden. An besonders
155 hitzebelasteten Schulen sollen gezielt Klimaanlage eingesetzt werden. Die
156 Sanierungsquote bei öffentlichen und privaten Gebäuden muss deutlich steigen.

157 Hamburg soll die Länderöffnungsklausel im Gebäudemodernisierungsgesetz für eine
158 ambitionierte Wärmewende nutzen. Ein Wärmepumpen-Leasing-System kann dabei

159 helfen, den Umstieg zu ermöglichen. Wir brauchen energieeffiziente Wohnungen,
160 die bezahlbar bleiben.

161 Jede dieser Lösungen muss sozialverträglich umgesetzt werden. Klimakrise,
162 Wohnungsnot und soziale Ungleichheit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt
163 werden. Wir brauchen einen Nahverkehr, den alle nutzen können, und eine
164 klimaresiliente Stadt, die allen offensteht. Daran werden wir den Senat messen.

165 Antifaschismus und Demokratie

166 Rechtsextreme und faschistische Kräfte schaffen Tatsachen. Sie gewinnen Wahlen,
167 bauen ihre Organisationen aus und schüchtern Menschen ein. Der Abbau der
168 Demokratie findet jetzt statt. Jedes weitere Abwarten gibt den Faschist*innen
169 Raum, ihre Macht auszubauen.

170 Auch Hamburg ist kein sicherer Rückzugsort. Ein weltoffenes Selbstbild schützt
171 niemanden vor rassistischer Gewalt, rechter Einschüchterung oder staatlicher
172 Entrechtung. Wir müssen den Faschist*innen Räume, Einfluss und Macht abnehmen.
173 Dafür braucht es eine organisierte Linke, die sich den kommenden
174 Auseinandersetzungen entschieden stellt.

175 Demokratie durch veränderte Verhältnisse stärken

176 Die demokratischen Parteien brauchen einen Bruch mit dem Status quo. Die
177 Verteidigung demokratischer Institutionen und ein Bekenntnis gegen die AfD sind
178 keine ausreichende Antwort. Wer Menschen für Demokratie gewinnen will, muss
179 ihnen eine glaubwürdige Aussicht eröffnen, ihre Lebensbedingungen grundlegend
180 und nachhaltig zu verbessern.

181 Wer trotz Arbeit die Miete kaum bezahlen kann, von Befristung zu Befristung lebt
182 und keine sichere Zukunft sieht, braucht mehr als die Warnung, dass alles noch
183 schlimmer werden könnte. Wenn demokratische Parteien vor Eigentumsinteressen
184 kapitulieren und grundlegende Veränderungen für unrealistisch erklären, geben
185 sie ihren Gestaltungsanspruch auf.

186 Die Faschisten nutzen diese Enttäuschung. Sie versprechen einen Umbruch und
187 richten die Wut gegen Migrant*innen, Erwerbslose und andere, die nicht in ihr
188 Weltbild passen. Wer rechte Forderungen übernimmt, vollstreckt den Rechtsruck
189 selbst. Wir überlassen den Faschisten weder die Unzufriedenheit noch den
190 Anspruch auf Veränderung.

191 Kapitalistische Macht angreifen

192 Eine antifaschistische Strategie, die wirtschaftliche Herrschaft unangetastet
193 lässt, greift zu kurz. Wenige verfügen über Wohnungen, Unternehmen und
194 Investitionen. Viele tragen die Folgen ihrer Entscheidungen. In Krisen soll die
195 Mehrheit verzichten, während die Macht der Eigentümer*innen bestehen bleibt.
196 Rechte Politik sichert diese Ordnung autoritär ab: durch Ausgrenzung,
197 Unterordnung und die Bekämpfung solidarischer Gegenwehr.

198 Wir müssen diese Machtverhältnisse überwinden. Unser Ziel bleibt die Überwindung
199 des Kapitalismus. Wohnraum, Energieversorgung und andere Lebensgrundlagen müssen

200 demokratisch organisiert werden. Beschäftigte müssen über ihre Arbeit und die
201 Zukunft ihrer Betriebe mitentscheiden können. Die Verfügung über unsere
202 Lebensbedingungen darf kein Privileg der Besitzenden bleiben. Wir wollen eine
203 Demokratie, die die Macht der Reichen bricht.

204 Den autoritären Ausbau stoppen

205 Während Faschisten nach staatlicher Macht greifen, werden die Instrumente
206 staatlicher Überwachung und Entrechtung ausgebaut. Dafür tragen auch SPD und
207 Grüne in Hamburg Verantwortung. Sie können sich nicht gegen rechtsextreme Kräfte
208 inszenieren und diese Politik gleichzeitig umsetzen.

209 Wir verlangen die Rücknahme der Regelanfrage, das Ende automatisierter
210 Verhaltensanalyse im öffentlichen Raum und der Weitergabe polizeilicher Daten
211 zum KI-Training. Videoüberwachung, Bewegungsprofile und ähnliches dürfen nicht
212 zu Instrumenten werden, die Öffentlichkeit einschüchtern. Der Ausbau
213 polizeilicher Überwachungsbefugnisse muss gestoppt und umgekehrt werden.

214 Überwachungsbefugnisse bleiben auch nach Regierungswechseln bestehen. Wer sie
215 heute ausbaut, trägt die Verantwortung dafür, wem sie morgen in die Hände
216 fallen. Der rot-grüne Senat muss diesen Kurs beenden.

217 Gesellschaftliche Gegenmacht aufbauen

218 Die Hamburger Initiative zur Prüfung eines AfD-Verbotsverfahrens muss umgesetzt
219 werden. Unser Ziel bleibt ein Verbotsverfahren. Weitere politische
220 Warteschleifen sind angesichts der Machtgewinne nicht hinnehmbar.

221 Gleichzeitig braucht es gesellschaftliche Gegenmacht. Wir unterstützen
222 Demonstrationen, verteidigen Versammlungsfreiheit gegen pauschale
223 Kriminalisierung und verlangen unabhängige Aufklärung unverhältnismäßiger
224 Polizeigewalt. Wir solidarisieren uns mit zivilem Ungehorsam gegen faschistische
225 Kräfte.

226 Als GRÜNE JUGEND Hamburg wollen wir mit Gewerkschaften, Mieter*inneninitiativen
227 und antifaschistischen Bündnissen eine Zukunft erkämpfen, die junge Menschen
228 tatsächlich gewinnen können: ein Leben ohne Existenzangst und mit wirklicher
229 Mitbestimmung. Dafür müssen wir Reichtum umverteilen, Eigentum demokratisieren
230 und die Macht derjenigen brechen, die von unserer Unsicherheit profitieren.

231 Wir lassen uns nicht auf die Verteidigung einer Gegenwart verpflichten, die uns
232 die Zukunft verbaut. Die Verhältnisse sind veränderbar.

233 Queerfeminismus

234 Wir lassen uns nicht verdrängen! Queerfeminismus ist für uns der tägliche
235 Maßstab dafür, ob Hamburg eine Stadt ist, in der alle sicher leben, sich selbst
236 bestimmen und ohne Angst öffentlich sichtbar sein können. Ohne Druck von unten
237 bleiben Versprechen Symbolpolitik. Wir wollen queerfeministische Perspektiven
238 stärken, Sichtbarkeit schützen, Rechte verteidigen und Machtverhältnisse
239 verändern.

240 Schutzstrukturen verlässlich finanzieren

241 Wir fordern eine dauerhafte, bedarfsgerechte Finanzierung queerer Schutz-, Wohn-
242 und Beratungsstrukturen für FLINTA*-Personen statt befristeter Modellprojekte.
243 Schutzunterkünfte für gewaltbetroffene FLINTA*-Personen müssen verstetigt und
244 ausgebaut werden.

245 Es dürfen hier nicht länger die Bedürfnisse von cis Frauen gegen die von trans*
246 Frauen, Lesben, nicht-binären und agender Personen oder trans* Männern
247 ausgespielt werden. Jede gewaltbetroffene FLINTA*-Person verdient zuverlässigen
248 Schutz! Wer Unterstützung sucht, braucht eine erreichbare Anlaufstelle und eine
249 verlässliche Perspektive.

250 Kein Sparen am Aktionsplan: Die Fortführung von „Hamburg l(i)ebt vielfältig“
251 darf nicht zur Verhandlungsmasse werden. Der Senat muss die finanziellen Mittel
252 so aufstocken, dass queere Projekte, Beratung und Empowerment flächendeckend und
253 verlässlich gefördert werden.

254 Wir fordern die Wiederherstellung und Ausweitung der Förderung queerer
255 Jugendarbeit, auch für lambda. Queere Jugendhilfestrukturen brauchen
256 verlässliche, langfristige Bundesmittel. Diese Räume ermöglichen Beratung,
257 Vernetzung und Unterstützung gerade für junge Menschen, die andernorts keinen
258 Rückhalt finden.

259 Selbstbestimmung und Gleichstellung stärken

260 Keine Aufweichung des Selbstbestimmungsgesetzes. Seine Evaluation darf nicht zur
261 Türöffnerin für neue Hürden werden. Wir wollen bestehende Rechte verteidigen und
262 die Selbstbestimmung junger Menschen darüber hinaus stärken: Sie darf nicht von
263 elterlicher Zustimmung oder gerichtlichen Genehmigungen abhängig gemacht werden.

264 Die Novellierung des Hamburgischen Gleichstellungsgesetzes muss nicht nur
265 Frauen, sondern explizit auch Lesben, inter*, nicht-binäre, trans* und agender
266 Personen im öffentlichen Dienst schützen und verbindliche Quoten für die
267 Besetzung von Gremien und Beiräten vorsehen.

268 Den Aktionsplan „Queer leben“ wollen wir nicht nur fortschreiben, sondern mit
269 verbindlichen Fristen, Budgets und Evaluationskriterien unterlegen –
270 insbesondere beim Schutz vor queerfeindlicher Gewalt, in der
271 Gesundheitsversorgung und in der Bildung. Wir fordern eine bundesweite
272 Antidiskriminierungsstelle mit Verbandsklagerecht, die queere Diskriminierung
273 effektiv bekämpft und nicht nur beratend tätig wird.

274 Queeres Leben vor Gewalt schützen

275 Queerfeindliche Gewalt muss systematisch erfasst und bekämpft werden. Hamburg
276 braucht verpflichtende Schulungen von Polizei, Justiz, Jugendämtern und Schulen
277 zu LSBTIQ*-Sensibilität, eine unabhängige Erfassung von Hasskriminalität und
278 niedrigschwellige Meldewege für Betroffene.

279 Wir verlangen konsequenten Schutz queerer Veranstaltungen. Dafür braucht es
280 bundesweit Sicherheitskonzepte, die queere Räume schützen, ohne sie zu
281 kriminalisieren oder unter Generalverdacht zu stellen. Schutzbedarfe von trans*,

282 inter*, nicht-binären und agender Personen müssen in gesetzlichen Regelungen
283 ausdrücklich berücksichtigt werden.

284 Der Kampf gegen Überwachung gehört zu unserem antifaschistischen und
285 queerfeministischen Anspruch. Wir solidarisieren uns mit queerem zivilem
286 Ungehorsam und queeren Demonstrationen. Wenn queere Partys, CSDs oder
287 Gegendemonstrationen von Polizei und Behörden eingeschränkt oder überwacht
288 werden, muss die GRÜNE JUGEND Hamburg klar Position beziehen.

289 Mehrfachdiskriminierung bekämpfen und Macht verändern

290 Queerfeminismus bedeutet, nicht nur Sichtbarkeit zu fordern, sondern
291 Machtverhältnisse zu verändern. Es reicht nicht, Regenbogenflaggen zu hissen,
292 während Schutzunterkünfte fehlen, Fördergelder gekürzt werden und
293 Überwachungsbefugnisse wachsen.

294 Wir fordern die Verknüpfung von Queerpolitik mit Sozial-, Wohnungs- und
295 Migrationspolitik. Queere Jugendliche ohne familiären Rückhalt, queere
296 Geflüchtete in Unterkünften und queere ältere Menschen in Pflegeheimen brauchen
297 mehr als Bekenntnisse. Sie brauchen Wohnungen, Schutz, Geld und
298 Entscheidungsmacht.

299 Mehrfachdiskriminierung muss als politische Realität anerkannt werden.
300 Queerfeindlichkeit verschränkt sich mit Rassismus, Klassismus und Ableismus.
301 Unsere Politik muss das abbilden: in Förderkriterien, in Beiräten und in
302 Personalentscheidungen. Niemand darf zwischen verschiedenen Zuständigkeiten
303 verschwinden.

304 Queerfeminismus ist kein Zusatz. Er ist die Linie, an der sich messen lässt, ob
305 Hamburg und Deutschland wirklich für alle da sind. Eine Politik gegen queere
306 Leben werden wir nicht mittragen – weder im Senat noch in der Bürgerschaft noch
307 in der eigenen Partei.

308 Unsere Zukunft gemeinsam erkämpfen

309 Unsere Zukunft darf kein Privileg sein. Dieser Anspruch verbindet den Kampf um
310 bezahlbares Wohnen und soziale Sicherheit mit Klimagerechtigkeit, Antifaschismus
311 und queerfeministischer Selbstbestimmung. Es geht darum, wer über unsere
312 Lebensbedingungen entscheidet und darum, diese Entscheidungsmacht gemeinsam
313 zurückzugewinnen.

314 Wir werden uns nicht damit abfinden, dass junge Menschen ihre Zukunft gegen
315 Armut, Ausgrenzung und die Klimakrise verteidigen müssen. Die Verhältnisse sind
316 veränderbar. Dafür braucht es Menschen, die sich organisieren, solidarisch
317 zusammenstehen und politischen Druck aufbauen: in den Stadtteilen, in Schulen,
318 Hochschulen und Betrieben, auf der Straße und in den Parlamenten.

319 Als GRÜNE JUGEND Hamburg wollen wir diese Kämpfe zusammenführen und gemeinsam
320 mit Gewerkschaften, Initiativen und sozialen Bewegungen für konkrete
321 Verbesserungen streiten. Wir wollen ein Hamburg, in dem alle ohne Existenzangst
322 leben, selbstbestimmt sichtbar sein und wirklich mitentscheiden können. Diese
323 Zukunft wird uns niemand schenken. Wir müssen sie gemeinsam erkämpfen.